
Ablehnung der Reform des Paragraphen 6b trifft Gewerbe hart:

Deutsche Binnenschifffahrt braucht dringend Entlastung

Berlin, 07. September 2005 – „Die Ablehnung der Reform des Paragraphen 6b durch den Vermittlungsausschuss des Bundesrats stellt für die deutsche Binnenschifffahrt eine schwere Enttäuschung dar. Diese wichtige Maßnahme aus dem Handlungskonzept des Forums `Binnenschifffahrt und Logistik´ zur Stärkung des Eigenkapitals des deutschen Gewerbes ist damit entgegen den Zusagen der Bundesregierung durch das Veto der Bundesländer vorerst gescheitert. Damit ist eine Steuererleichterung für Re-Investitionen von Buchgewinnen aus dem Verkauf von Binnenschiffen wieder in weite Ferne gerückt. Die Politik ist aufgefordert, umgehend die Diskussion um eine Entlastung der Binnenschifffahrt wieder aufzunehmen“, stellt **Thomas Hailer**, Geschäftsführer des Deutschen Verkehrsforums, zur Ablehnung der Reform fest.

Diese Entscheidung dürfe nicht endgültig sein, die Stärkung der Binnenschifffahrt müsse auch für die nächste Bundesregierung eine Priorität darstellen. „Das umweltfreundliche und leistungsfähige Binnenschiff befördert rund ein Viertel der Güter im Fernverkehr in Deutschland – dies aber leider überwiegend durch andere europäische Unternehmen, weil dort bessere Rahmenbedingungen herrschen. „Dem deutschen Gewerbe müssen die gleichen Chancen wie den ausländischen Wettbewerbern geboten werden“, betont Hailer.

Die von der Bundesregierung geplante Maßnahme sah vor, dass die bei einer Veräußerung eines Binnenschiffes erzielten Buchgewinne steuerfrei in ein neues Schiff investiert werden und damit eine Modernisierungswelle in der deutschen Binnenschifffahrt auslösen. „Mit der Ablehnung wird die Chance vertan, zu modernisieren, in diesen wichtigen Verkehrsträger zu investieren, Arbeitsplätze zu schaffen und die Beschäftigung zu stabilisieren. Die Entlastungsdiskussion muss umgehend wieder aufgenommen werden“, so Hailer.